

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. November 2017

1. Juncker setzt Task-Force für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ein

Die am 14. November 2017 offiziell beschlossene [Task-Force](#) wird EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bis zum 15. Juli 2018 Empfehlungen vorlegen, die zur besseren Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beitragen sollen. In diesem Zusammenhang wird es auch darum gehen, Vorschläge für die Bereiche zu unterbreiten, in denen Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückübertragen oder ihnen endgültig zurückgegeben werden könnten. Schließlich sollen Wege aufgezeigt werden, wie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften besser in die Gestaltung und Umsetzung der EU-Politik einbezogen werden können. Die Task-Force unter der Leitung des Ersten Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, wird ihre Arbeit am 1. Januar 2018 aufnehmen. Der Task-Force werden neun weitere Mitglieder angehören: drei Mitglieder aus nationalen Parlamenten, drei Mitglieder aus dem Europäischen Parlament und drei Mitglieder aus dem Ausschuss der Regionen. Das Europäische Parlament, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) und der Ausschuss der Regionen sind nun aufgefordert, Mitglieder aus ihren Institutionen für die Task-Force zu benennen.

2. EU-Kommission stellt Vision eines europäischen Bildungsraums bis 2025 vor

Nach Auffassung der Europäischen Kommission sind Bildung und Kultur von wesentlicher Bedeutung bei der Bewältigung großer Herausforderungen wie etwa der alternden Erwerbsbevölkerung, der fortlaufenden Digitalisierung und des künftigen Kompetenzbedarfs. Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission am 14. November 2017 ihre Vision für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums bis zum Jahr 2025 vorgestellt. In der [Mitteilung](#) wird unter anderem vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten zukünftig mindestens fünf Prozent ihres BIP in Bildung investieren sollten, die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen weiter vorangetrieben werden müsste und die Fremdsprachenkompetenzen weiter voranzutreiben sei. Die Vorschläge sollen einen Beitrag zum Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 17. November 2017 in Göteborg leisten, auf dem die Zukunft von Bildung und Kultur erörtert wird.

3. Steuerschätzer sagen Mehreinnahmen voraus

Nach der [Prognose](#) des Arbeitskreises Steuerschätzungen, die Ende vergangener Woche veröffentlicht worden ist, werden die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen von 734,2 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 889,6 Milliarden Euro im Jahr 2022 steigen. Der Arbeitskreis hat damit seine letzte Prognose vom Mai 2017 nach oben korrigiert. So werden die Steuereinnahmen im Jahr 2017 insgesamt um 1,8 Milliarden Euro höher ausfallen. Für den Bund ergeben sich im laufenden Jahr Mehreinnahmen von 0,2 Milliarden Euro. Länder und Gemeinden haben Mehreinnahmen von 3,3 Milliarden Euro beziehungsweise 1,7 Milliarden Euro.

4. IfM Bonn identifiziert Impulse für die Mittelstandspolitik

Das Institut für Mittelstandsforschung IfM Bonn hat in einer [Hintergrundinformation](#), die Ende vergangener Woche veröffentlicht worden ist, internationale Good-Practice-Beispiele zusammengetragen, die aus seiner Sicht Impulse für die Mittelstandspolitik geben können. Vorgestellt werden unter anderem eine kanadische Initiative für mehr Unternehmergeist und das österreichische Projekt „Betriebshelfer für Unternehmen in Not“.

5. Neue Integrationsindikatoren veröffentlicht

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 16. November 2017 hat der Anteil junger Menschen ohne Migrationshintergrund zwischen 18 und 24 Jahren, die keinen Schulabschluss haben, im Jahr 2016 bei etwa vier Prozent gelegen; der Anteil ist damit seit dem Jahr 2005 faktisch unverändert. Bei Personen mit Migrationshintergrund ist dieser Anteil demgegenüber im Jahr 2016 auf 12,1 Prozent gestiegen. Zwar ist der Anteil Erwerbsloser auch bei dieser Gruppe von 17,9 Prozent im Jahr 2005 auf 7,1 Prozent im Jahr 2016 gesunken; bei den Menschen ohne Migrationshintergrund gab es jedoch einen Rückgang von 9,8 Prozent auf 3,4 Prozent. Andere Integrationsindikatoren deuten darauf hin, dass sich Nachteile bei Menschen mit Migrationshintergrund seit 2005 verringert haben. So ist der Anteil der jungen Menschen im Alter von 25 bis 34 Jahren mit einem Hochschulabschluss seit 2005 gewachsen. Im Jahr 2016 hat es keinen Unterschied mehr zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund gegeben. Der Anteil liegt für beide bei 26,1 Prozent.